

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 6. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 21.04.2005**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal  
Marktplatz 2  
06100 Halle (Saale)

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 19:10 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU	
Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Hans-Jürgen Schiller	PDS	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	PDS	
Herr Dr. Mohamed Yousif	PDS	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	bis 18:45 Uhr
Herr Michael Zeidler	SPD	
Frau Sabine Wolff	Neues Forum	
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	
Herr Dietmar Weihrich	GRÜNE	
Herr Dr. Christian Fiedler	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE	
Herr Lutz Sacher	SKE	
Herr Thomas Wunsch	SKE	
Herr Heinz Maluch	GRAUE	
Frau Sabine Däschler	SKE	
Herr Eberhard Doege		
Frau Uta Balleyer		bis 17:35 Uhr
Herr Dr. Ernst Müllers		
Herr Wolfgang Hans		
Frau Gudrun Beitz		
Frau Regina Fehse		
Herr Uwe Wätzel		

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Andreas Nowotny	SKE
----------------------	-----

**Gäste:**

Frau Rüger	FB 31 – zu TOP 5
Herr Johannemann	FB 31 – zu TOP 5
Herr Lutz Müller	FB 32
Frau Simone Schönherr	FB 32
Herr Sicks	FB 37 –zu TOP 4.1

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorlagen
- 4.1. Feuerwehrsatzung  
Vorlage: IV/2005/04779
5. Information zum Stand des Hochwasserschutzes in der Stadt Halle (Saale)
6. Anfragen
- 6.1. Beratung über die Anfrage der SPD-Fraktion zur Arbeit der städtischen Politessen  
Vorlage: IV/2005/04735 - Bitte Unterlagen aus der Sitzung des Stadtrates 23.2.2005 mitbringen -
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

### **Protokoll:**

**Herr Wehrich**, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

### **Protokoll:**

Ohne förmliche Abstimmung wurde der nachfolgenden Tagesordnung zugestimmt.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorlagen
  - 4.1. Feuerwehrsatzung  
Vorlagen: IV/2005/04779
5. Information zum Stand des Hochwasserschutzes in der Stadt Halle (Saale)
6. Anfragen
  - 6.1 Beratung über die Anfrage der SPD-Fraktion zur Arbeit der städtischen Politessen  
Vorlagen: IV/2005/04735
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen

## **zu 3 Genehmigung der Niederschrift**

---

### **Protokoll:**

**Frau Schlüter-Gerboth** bat darum, dass Antworten auf gestellte Fragen in der Niederschrift festgehalten werden, damit auch für Ausschussmitglieder, die die Sitzung vorzeitig verlassen, über den Inhalt Kenntnis erhalten.

Sodann wurde die Niederschrift einstimmig genehmigt.

## zu 4 Vorlagen

---

### zu 4.1 Feuerwehrsatzung Vorlage: IV/2005/04779

---

#### Protokoll:

**Herr Doege** begründete die Überarbeitung der Feuerwehrsatzung u. a. mit einer geänderten Rechtsgrundlage des novellierten Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt. Ferner war ein weiterer wesentlicher Punkt die Streichung der Inhalte zu den Wehrkassen; denn die einzelnen Ortsfeuerwehren dürfen keine eigenen Kassen führen.

Auf Nachfrage von **Herrn Zeidler und Herrn Klaus**, ob der Entwurf der Satzung mit den Freiwilligen Feuerwehren besprochen worden sei und ob es dazu Konsens gäbe, teilte **Herr Sicks** mit, dass die Satzung mehrmals im Feuerwehrausschuss diskutiert worden sei, die vorgebrachten Belange berücksichtigt wurden und es zur vorgelegten Fassung Konsens gäbe.

**Herr Doege** ergänzte, dass die Satzung der Feuerwehr eine Organisationsform des abwehrenden Brandschutzes über die unterschiedlichen Feuerwehrformen der Stadt sei. Sie stelle u. a. dar, wie die Feuerwehr gegliedert ist, welche Aufgaben sie hat, nach welchen Grundregeln der abwehrende Brandschutz erfolgt.

Auf die Frage von **Herrn Sacher**, ob gesetzlich geregelt sei, dass die Sitzung des Feuerwehrausschusses nicht öffentlich ist, antwortete **Herr Sicks**, dass es sich um eine Art Dienstberatung unter Leitung des FB 37 handele, an der die Ortswehrleiter teilnehmen.

Die Feuerwehrsatzung wurde mit

10 – Ja-Stimmen

einstimmig angenommen.

## zu 5 Information zum Stand des Hochwasserschutzes in der Stadt Halle (Saale)

---

#### Protokoll:

In seinen einleitenden Ausführungen bezog sich **Herr Doege** auf eine Zusage der Verwaltung im ehemaligen Innenausschuss, wonach in Auswertung des Hochwassers 2002/2003 im Ausschuss darüber informiert werden soll, wie der Hochwasserschutz organisiert wird, welche Belange es dabei zu berücksichtigen gilt.

Die Fragen von **Herrn Misch, Herrn Maluch und Herrn Wehrich** zur Einbeziehung der Bundeswehr, zum Abschluss von B-Planverfahren im Hochwasserschutzgebiet und zur Kennzeichnung der Überschwemmungsgebiete beantworteten **Herr Doege und Herr**

**Johannemann.** Die Bundeswehr werde im Bedarfsfall eingeschaltet. Dies hänge allerdings davon auf, ob ein Katastrophenfall vorliege. Die Bundeswehr sei im Stab für außergewöhnliche Ereignisse vertreten. Bisher sei das Verteidigungskommando 81 vor Ort, ab 2007 werde dann ein Landeskommmando Sachsen-Anhalt zuständig sein. Zurzeit laufe das B-Planverfahren Pfälzerstr. Für die Saale und Weiße Elster sei die Kennzeichnung der Überschwemmungsgebiete 1999 und 2000 erfolgt. Darüber hinaus seien noch überschwemmungsgefährdete Gebiete auszuweisen. Auf der Grundlage eines erstellten speziellen Gutachtens wurden die potentiell gefährdeten Flächen ausgewiesen. Gemäß Gesetzeslage dürfen keine B-Pläne in Überschwemmungsgebieten ausgewiesen werden. Ausnahmen sind bei der Landesbehörde zu beantragen. Auf die Frage von **Herrn Dr. Fikentscher** eingehend, wie es mit der Wiederbebauung in solchen Gebieten aussehe, antwortete **Herr Johannemann**, dass dies genau so schwierig sei wie Neubebauung.

Die Ausführungen von **Frau Schlüter-Gerboth** hinsichtlich der schlechten Arbeitsbedingungen der Wasserwehren, der unzureichenden Ausrüstung und der geringen finanziellen Unterstützung wurden von **Herrn Johannemann** nicht bestätigt.

Zum Hinweis von **Herrn Klaus** bezüglich des Verteilerkastens auf der Peißnitzinsel, der höher gesetzt werden müsste, teilte **Herr Kupke** mit, dass er in der Aufsichtsratssitzung der EVH die Problematik angesprochen habe, die EVH eine entsprechende bauliche Maßnahme ablehne.

Die Verwaltung wurde beauftragt, im Auftrag des Ausschusses das Anliegen gegenüber der EVH zu thematisieren und ihn über das Ergebnis zu informieren.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**Frau Balleyer** ging auf den „Offenen Brief zum Schutz und Erhalt des Gebietes des Graebsees und gegen die geplante nachhaltige Störung und Zerstörung des Natur- und Landschaftsraumes“ des Arbeitskreises Hallesche Auenwälder zu Halle (Saale) e.V. ein, den u. a. alle Fraktionen des Stadtrates erhielten. Zunächst verwahrte sie sich gegen die Anschuldigungen ihrer Mitarbeiter der Unteren Naturschutzbehörde und teilte u. a. mit, dass den anerkannten Naturschutzverbänden mit Schreiben vom 28.06.04 die Unterlagen zugeleitet wurden mit dem Hinweis der Meinungsäußerung. Mit Schreiben vom 20.08.04 wurde ihnen die Akteneinsicht auf Grund des neuen NatSchG vorgeschlagen. Der Kletterturm beeinträchtigt das Naturdenkmal nicht, weil es außerhalb dieses Gebietes liegt. Gemäß Naturschutzgesetz, § 56, ist eine Beteiligung von Verbänden nicht mehr erforderlich. Der Waldumbau wurde von der Oberen Naturschutzbehörde naturschutzfachlich positiv bewertet. Stieleiche, Feldahorn, Esche bleiben stehen, nur der eschenblättrige Ahorn wird ausgedünnt. Die Untere Naturschutzbehörde hat korrekt gearbeitet.

**Herr Dr. Rürup** ergänzte, dass der Naturschutzbeirat in der Sache mindestens zwei Beratungen durchgeführt habe.

**Herr Doege** verwies auf eine einheitliche Verwaltungsentscheidung, die in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachbereichen entstanden sei.

## zu 6      **Anfragen**

---

### zu 6.1      **Beratung über die Anfrage der SPD-Fraktion zur Arbeit der städtischen Politessen** **Vorlage: IV/2005/04735 - Bitte Unterlagen aus der Sitzung des Stadtrates 23.2.2005 mitbringen -**

---

#### Protokoll:

**Herr Doege** informierte, dass Frau Ewert für die heutige Sitzung eingeladen worden sei, sie aber aus familiären Gründen verhindert wäre. Eine Vertagung des Tagesordnungspunktes wollte sie nicht.

**Herr Dr. Fikentscher** äußerte, dass die Anfrage nicht gestellt wurde, um die Arbeit der Politessen zu beanstanden, sondern vielmehr ginge es darum, dass bei festgestellten Mängeln, die auch möglicherweise weitergemeldet werden, offensichtlich die Nachkontrollen nicht den gewünschten Erfolg bringen würden. Es gehe darum festzustellen, ob innerhalb der Verwaltung die Querverbindungen so funktionieren, dass sich etwas ändert. Insofern schien die Antwort der Verwaltung als unzureichend.

**Herr Wehrich** bat die Mitglieder des Ausschusses, gemeinsam mit den Vertretern der Verwaltung darüber zu diskutieren, was getan werden könne, um sichtbare Veränderungen zu erreichen.

**Herr Misch** ist der Ansicht, dass Bürger, die sich nicht an Bestimmungen gemäß Satzungen, die für jeden Bürger über Internat zugänglich sind, hält, finanziell zur Verantwortung gezogen werden müssten.

Bezüglich der Verkehrskontrolle führen die Politessen eine gute Arbeit durch, für die auch der Dank ausgesprochen werden sollte, so **Herr Zeidler**. Allerdings gäbe es auf dem Gebiet der Ordnung und Sauberkeit in der Stadt wenig Verbesserungen. Diesbezüglich müsse die Arbeit verbessert werden.

**Herr Kupke** schloss sich den Ausführungen Herrn Zeidlers an und kann nicht akzeptieren, wenn z. B. im Paulusviertel um 21:30 Uhr die Abstände von Stoßstange zu Stoßstange gemessen werden.

**Frau Prof. Vent** machte darauf aufmerksam, dass am Rive-Ufer und auf der Peißnitz Hunde frei herumlaufen und ein Passieren insbesondere auf dem Fußweg des Rive-Ufers wegen der Fahrradfahrer nicht ungehindert möglich sei.

**Herr Doege** konstatierte, dass im Wesentlichen Kontrolldefizite beklagt werden. Er teilte u. a. mit, dass die Politessen nicht immer die gleichen Flächen kontrollieren würden, und das zur Verfügung stehende Personal nicht ausreiche, um alle Gebiete der Stadt zu begehen. Er erläuterte den Verfahrensweg beim Feststellen von Mängeln. So werden die Mängel über die Leitstelle des FB 32 an die zuständigen Fachbereiche sowohl fernmündlich als auch schriftlich mitgeteilt, die dann ihre Verantwortung wahrzunehmen haben. Was private Dritte anbelange, erfolge die Mängelanzeige. Hier sei die Verwaltung an Fristen gebunden.

**Herr Müller** berichtete über die Tätigkeit des Stadtordnungsdienstes, die nicht nur für den ruhenden Verkehr – wie oft angenommen – zuständig seien. Er stellte die Schwierigkeiten dar, die die MitarbeiterInnen hätten, wenn ein Eigentümer seinen Pflichten nicht nachkommt. Dies beginne mit der Eigentümerermittlung, danach erfolgen die Anhörung und die Einleitung eines Bußgeldverfahrens.

**Frau Wolff und Frau Prof. Vent** sind der Ansicht, dass bei Verstößen nicht erst verwahrt, sondern gleich bestraft werden solle. Damit würde ein Erziehungseffekt erreicht werden.

Die Frage von **Frau Wolff**, ob die von der Stadtmarketing GmbH eingesetzten Mitarbeiter mit dem FB 32 kooperieren könnten, beantwortete **Herr Doege** dahingehend, dass dies vom Stadtmarketing abgelehnt werde. Das Ausbildungsangebot der Stadt für die Mitarbeiter wurde ebenfalls nicht angenommen.

**Herr Fikentscher** machte deutlich, dass er weniger an der Arbeit der Politessen, sondern vielmehr am Ergebnis der Arbeit interessiert sei.

**Herr Wehrich** unterbreitete den Vorschlag, dass die Verwaltung in einer der nächsten Ausschusssitzung über erkennbare Ergebnisse berichtet.

Die Frage von **Herrn Klaus**, ob es Erfahrungsaustausche mit anderen Städten gäbe, wurde von **Herrn Müller** bejaht.

Des Weiteren führte **Herr Müller** aus, dass die Politessen bei bestimmten festgestellten Mängeln auch weiterhin tätig sind, z.B. beim Aufstellen oder Auswechseln von Verkehrszeichenschildern. Allerdings können nicht alle Mängelanzeigen nachverfolgt werden. Der Fachbereich sei personell nicht in der Lage, allen Hinweisen und Wünschen, die aus der Bevölkerung kommen, gerecht zu werden. Dies sei auch nicht mit Unterstützung der Polizei machbar. Außergewöhnliche Ereignisse, z.B. in der Stephanusstr., Hochwasser 2002/2003, werden personell abgesichert. Der Stadtordnungsdienst ist in zwei Schichten tätig, beendet in der zweiten Schicht um 21:15 Uhr den Dienst.

Zu der Anfrage von **Frau Prof. Vent** bezüglich der Kontrolle der Aufsteller antwortete **Frau Schönherr** dahingehend, dass ständige Kontrollen stattfinden.

**Herr Misch** stimmte zu, dass die Anzahl der Politessen nicht in der Lage sei, jede Unregelmäßigkeit zu ahnden. Daher empfahl er, sich punktuell auf bestimmte Gebiete zu konzentrieren und die Ergebnisse entsprechend zu publizieren.

**Herr Doege** machte deutlich, dass die bestehenden Kontrolldefizite nicht durch den FB 32 ausgeglichen werden können.

**Herr Wehrich** unterbreitete den Vorschlag, dass nach der Sommerpause die Verwaltung über Ergebnisse der festgestellten Mängel und Unzulänglichkeiten berichtet. Diesem Vorschlag stimmten die Ausschussmitglieder zu.

### **Weitere Anfragen**

**Herr Dr. Yousif** bezog sich auf einen Bildzeitungsartikel im Zusammenhang mit der Feinstaubproblematik, wonach ein Fahrverbot mit ungeraden Kennzeichen vorgesehen sei.

**Herr Doege** antwortete dahingehend, dass zurzeit 34 Überschreitungen von 35 zugebilligten Überschreitungen zu verzeichnen seien. Das Umweltministerium habe sich entschieden, den Aktionsplan vorzuziehen. Von der Stadt Halle würde dieser bis Ende Mai zur Abstimmung vorliegen. Dabei gehe es um langfristige und kurzfristige Maßnahmen. U. a. könne sich die

Stadt Geschwindigkeitsbegrenzungen vorstellen, die allerdings der Zustimmung des Landesverwaltungsamtes bedürfen. Von der Stadtwirtschaft liege ein Vorschlag über eine spezielle Nassreinigung in den Nachtstunden im Bereich der Magdeburger Str. vor. Ein Problem stellen die großen Fernlastverkehre dar, die durch die Stadt fahren.

Vorschläge für mögliche Maßnahmen wurden von **Frau Däschler und Frau Schlüter-Gerboth** unterbreitet. So wurde angeregt, probeweise das unentgeltliche Fahren mit den öffentlichen Verkehrsmitteln innerhalb der Stadt und Park- und Ride-Plätze an Straßenbahndhaltestellen einzuführen.

**Herr Sacher** betrachtet es als eine Zumutung, dass bei Trauungen im Stadthaus über die Baustelle gelaufen werden müsse. Das Angebot, in der Moritzburg sich trauen zu lassen, sei bei 240,00 € zusätzlichen Kosten zu teuer.

**Herr Doege** antwortete darauf und verwies u. a. auf zusätzliche Trauungsmöglichkeiten, wie das Händelhaus und das Christian-Wolff-Haus.

**Herr Kupke** möchte wissen, warum bei geforderten Baumpflanzungen Bäume verlangt werden, die bis zu 250 € kosten.

## zu 7 Beantwortung von Anfragen

---

### Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

## zu 8 Anregungen

---

### Protokoll:

Zur Anregung von **Frau Schlüter-Gerboth**, in einer der nächsten Sitzungen eine Bilanz über das bestehende Straßengrün zu ziehen, in der u. a. ausgesagt wird, wie der derzeitige Zustand ist, wie die weitere Planung aussieht und welche finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, verwies **Herr Doege** auf die Zuständigkeit des GB II.

**Herr Weihrich** bat darum, dass die Untere Naturschutzbehörde im Ausschuss einen kurzen Bericht darüber gibt, wo die Probleme bei der Umsetzung der Baumschutzsatzung liegen, warum bei bestimmten Baumfällungen keine Ersatzpflanzungen durchgeführt werden.

**Herr Kupke** bat um Information im Ausschuss darüber, wie das Abschleppen von Fahrzeugen funktioniert.

## zu 9      **Mitteilungen**

---

### Protokoll:

**Herr Doege** informierte über den vom 07. – 09. 04. 2005 stattgefundenen Frühjahrsputz und teilte u. a. mit, dass ca. 193 Kubikmeter Müll gesammelt wurden. Diese Gesamtmenge entspreche etwa dem Niveau des Vorjahres. Für die Entsorgung des Mülls waren 29 Sammelplätze im Stadtgebiet eingerichtet worden. Allerdings sei – wie auch in den Vorjahren – festgestellt worden, dass immer mehr Sperrmüll sowie Gartenabfälle an den Sammelstellen entsorgt wurden, die größtenteils aus Privatgrundstücken stammen. Vom FB 31 z. B. wurden an 15 Gewässern/Uferbereichen Müllsammelaktionen organisiert und betreut.

**Herr Schiller** berichtete über Aktionen an vier Arbeitstagen in seinem Wohngebiet und hob insbesondere die freundliche Unterstützung durch zwei Altenpflegeheime mittels Bereitstellung von Arbeitsmittel hervor.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Dietmar Weihrich  
Ausschussvorsitzender

Eberhard Doege  
Beigeordneter

Gudrun Beitz  
Protokollantin